

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Agrarausschuss**

33. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. November 2001, 10:05 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Jürgen Feddersen (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

i. V. von Claus Ehlers

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Wilhelm Malerius (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Verabschiedung von Staatssekretär Rüdiger von Plüskow</b>	<b>5</b>
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1129	
<b>3. Generalplan Küstenschutz - Integriertes Küstenschutzmanagement in Schleswig-Holstein 2001</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1075	
<b>4. a) Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1181	
<b>b) Fördermittel für Investitionen im Rahmen der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse</b>	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1265	
<b>5. a) Weiterentwicklung statt Wende in der Agrarpolitik</b>	<b>12</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1059	
<b>b) Wettbewerbsstellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft</b>	
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/1331	
<b>6. Bericht der Landesregierung zu Heimischen Eiweißpflanzen</b>	<b>14</b>
Berichtswunsch der Fraktion der FDP Umdruck 15/1249	

- 7. a) Zukunft der Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein** 15
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1206
- hierzu: Drucksachen 15/1165 und Umdrucke 15/1418, 15/1600
- b) Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik in Schleswig-Holstein**
- Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1190
- c) Organisations- und Rechtsformprüfung in der Forstwirtschaft**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1321
- 8. Verschiedenes** 16

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt, nachdem auf Bitten der SPD-Fraktion die Beratung der Drucksachen 15/1197, Genehmigung von Offshore-Windparks, und 15/1104, Offshore-Windparks, sowie der Drucksache 15/1197, Förderung der Biotechnologie, abgesetzt wurden. Grund für die Absetzung ist der noch vorhandene Beratungsbedarf der Mehrheitsfraktionen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Verabschiedung von Staatssekretär Rüdiger von Plüskow**

Der Vorsitzende verabschiedet Staatssekretär a. D. Rüdiger von Plüskow als jemanden, der nie die Würde des anderen verletzt habe und der immer dafür gesorgt habe, dass der Ausschuss jederzeit die gewünschten Informationen erhalten habe. Mit Überreichung eines Präsentkorbs dankte er für die stets gute Zusammenarbeit.

Staatssekretär a. d. Rüdiger von Plüskow legt dem Ausschuss in seiner kurzen Dankesrede das Küstenschutzmanagement sowie die Akademie für ländliche Räume gewissermaßen als Synonym für die LSEn - so Rüdiger von Plüskow -, die bisher Einmaliges in Schleswig-Holstein geschaffen hätten, als besonders fortzuentwickelnde Aufgaben an Herz.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1129

hierzu: Umdrucke 15/624, 15/1001, 15/1618, 15/1634, 15/1635, 15/1640,  
15/1641, 15/1643

(überwiesen am 27. September 2001; Fortsetzung der Beratung vom  
22. November 2001)

Der Vorsitzende erinnert daran, dass die weitere Beratung im Ausschuss auf den 20. Dezember 2001 verschoben worden sei und die zweite Lesung erst im kommenden Jahre stattfinden werde. Ferner teilt der Vorsitzende mit, dass die Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt etwas später als in der Einladung angegeben zur Anhörung erschienen sei. Er habe nun mit den Gewerkschaftern ausgemacht, dass sie am 20. Dezember noch Gelegenheit zur Stellungnahme bekommen sollten.

Diesem Vorschlag stimmt der Ausschuss zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Generalplan Küstenschutz - Integriertes Küstenschutzmanagement in Schleswig-Holstein 2001**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1075

(überwiesen am 11. Juli 2001)

hierzu: Umdrucke 15/978, 15/1309, 15/1321.15/1323, 15/1329, 15/1343,  
15/1371, 15/1397, 15/1401, 15/1455, 15/1491, 15/1503,  
15/1561, 15/1613, 15/1616, 15/1617, 15/1630, 15/1636,  
15/1661, 15/1670 und 15/1691

Eingangs regt Abg. Peter Jensen-Nissen an, trotz aller Zeitnot bezüglich der Veröffentlichung des neuen Generalplans zur Abrundung der Meinungsbildung bei Gelegenheit in einer Anhörung Prof. Horn zu hören, der umfangreiche Untersuchungen zum Vorland gemacht habe.

Sodann referiert der Leiter des Landesamtes für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, AL Dr. Bernd Scherer, anhand von Folien zu der vom Ausschuss zusätzlich erbetenen Stellungnahme zur Vorlandbeweidung. Er bittet, zunächst eine Aussage in seiner Stellungnahme Umdruck 15/1670 zu präzisieren. Der Absatz 1 unter der Überschrift „Ist eine Vorlandbeweidung für den Küstenschutz erforderlich“ könnte missverständlich sein. Richtig sei, dass eine Beweidung innerhalb des 150 Meterstreifens unabhängig von jedwedem Genehmigungsgeschehen und trotz der Qualität des Lebensraumes als § 15 a Schutzgebiet nach dem Landesnaturschutzgesetz selbstverständlich möglich sei und vom Gesetz her auch nicht verboten werde.

Anknüpfend an die Worte von Staatssekretär a. D. Rüdiger von Plüskow unterstreicht AL Dr. Bernd Scherer sodann die einstimmige Meinung aller zuständigen Fachbehörden und Ressorts über den Umgang mit dem Vorland-Management-Konzept. Dieses Konzept bilde eine tragfähige Arbeitsgrundlage, die dazu geführt habe, konfliktfrei miteinander umgehen zu können und den richtigen Weg für den Küstenschutz gefunden zu haben.

Anschließend erläutert AL Dr. Bernd Scherer den Umdruck 15/1670, eine Stellungnahme des Nationalparkamtes zur Vorlandbeweidung, anhand von Folien und kommt zu dem Fazit, dass ein Beweidungsmanagement aus der Sicht des Küstenschutzes nicht erforderlich sei, weil

wesentlicher Punkt der Vorlandssicherung die Kantensicherung sei, die mit Umsicht und Sorgfalt durchgeführt werde und Erfolg zeige, wie man am Zuwachs der Salzwiesen erkennen könne. Eine Beweidung der Salzwiesen sei darüber hinaus aus rechtlicher Sicht des Nationalparkgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes nicht erforderlich, was die Diversität, die Brutvogeldichte oder sonstige Ziele des Naturschutzes im Nationalpark oder innerhalb der 15 a Fläche angehe.

Diese Aussage, so endet AL Dr. Bernd Scherer seine Ausführungen, stünden selbstverständlich wie alle Arbeiten des Nationalparkamtes unter dem Vorbehalt, dass dann, wenn sich im Vorland-Management-Konzept neue Ergebnisse zeigten, und bestimmte Dinge aus Gründen des Küstenschutzes erforderlich seien, entsprechende Maßnahmen ergriffen würden. Denn das sei die Basis jeglicher Zusammenarbeit von Anfang an.

In der sich anschließenden Diskussion will Ministerin Ingrid Franzen zunächst festgehalten wissen, dass der Entwurf des Generalplans aus Zeitgründen bisher im Landtag nicht habe diskutiert werden können. Dies sei eventuell für Außenstehende angesichts der kostenträchtigen Sachlage etwas irritierend. Deshalb bitte Sie, diese Tatsache bei den weiteren Beratungen noch zu berücksichtigen. Aus Regierungssicht hätten die fünf Regionalkonferenzen durchaus ihren Wert gehabt; denn es seien immerhin eine Menge Anregungen in den endgültigen Plan aufgenommen worden. Die Vorlandbeweidung sei in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, in der auch Ministerialrat Bernd Probst Mitglied gewesen sei, behandelt worden. Dieses Thema habe durchaus in diesen Konferenzen zu schwierigen Debatten geführt, sie selbst aber habe bei diesen Konferenzen stets darauf hingewiesen, dass die Vorlandbeweidung nicht zum wesentlichsten Bestandteil des Generalplans gehöre. Andere Themen seien von sehr viel schwerwiegender Bedeutung.

Abg. Peter Jensen-Nissen fordert, dass der Küstenschutz bei Verabschiedung des gemeinsamen Antrages Drucksache 15/1075 in der Dezembertagung noch ausführlicher behandelt werden müsse und darüber hinaus bei Bedarf auch im Ausschuss weiter auf der Agenda bleiben müsse.

Ministerialrat Bernd Probst beantwortet eine Frage der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan nach einem eventuellen Zusammenhang zwischen Treibselmengen und Sturmfluten dahingehend, dass grundsätzlich ein solcher Zusammenhang gegeben sein könne. Ob allerdings die höchsten Sturmfluten auch die größten Treibselmengen verursachten, könne so nicht gesagt werden; es komme vielmehr auf die Wirksamkeit des Energieeintrages auf die Vorlandflächen an. Eine große Menge könne also auch durch eine Häufung niedrigerer Sturmfluten bewirkt werden. Für ihn sei im Übrigen der Zusammenhang zwischen Treibselmengen und

Sturmfluten im Gegensatz zu den Aussagen des Nationalparkamtes in Umdruck 15/1670 nicht unbedingt Fakt. Allerdings könne auch ein gegenteiliger Beweis nicht erbracht werden. Wie weit also eine Nichtbeweidung eine Rolle spiele sei kaum darzulegen, auch wenn durch die Nichtbeweidung mehr Material heranwachse.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan glaubt demgegenüber der Statistik entnehmen zu können, dass Treibselmenge und Sturmfluthöhe durchaus in Zusammenhang stünden.

Im Weiteren schildert Ministerialrat Bernd Probst auf eine Nachfrage von Abg. Peter Jensen-Nissen die Zusammenarbeit mit Hamburg bezüglich der Elbdeiche, die er als gut und auf einem hohen gemeinsamen Sicherheitsstandard stehend bezeichnet. Ähnliches gelte für Niedersachsen.

#### Beschluss:

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Annahme des Antrages Drucksache 15/1075 sowie die Kenntnisnahme des Generalplans.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalysen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1181

(überwiesen am 27. September 2001)

**b) Fördermittel für Investitionen im Rahmen der ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1265

(überwiesen am 18. Oktober 2001)

Hierzu: Kleine Anfrage des Abg. Peter Jensen-Nissen Drucksache 15/1158

Ministerin Ingrid Franzen unterstreicht eingangs, dass sich ihr Ministerium die Haushaltsberatungen bezüglich der LSEn nicht leicht gemacht habe, insbesondere die Aufgabe, die Finanzierung der LSEn wieder in den vorherigen Stand zurück zu versetzen, nämlich eine 60-prozentige Finanzierung für die LSE und eine 50-Prozent-Finanzierung für die Projekte. Dies bedeute eine Nettosumme von 1,8 Millionen €. In Absprache mit dem Finanzministerium werden durch eine Umschichtung im Haushaltsjahr 2001 sowie durch bestimmte Maßnahmen im Jahre 2002 die Landesmittel in Höhe von 800.000 € erbracht werden.

Bezüglich der einen Million €, die als größerer Part noch gefehlt hätten, sei man mit Hilfe der kommunalen Familie sowie aus eigenen Ressourcen zu einer Deckung der für die 1,8 Millionen € Förderung notwendigen Landesmittel gekommen, sodass auch die vorzeitig begonnenen Maßnahmen nun voll bedient werden könnten.

Abg. Jürgen Feddersen und Abg. Frauke Tengler zeigen sich über das ausgehandelte Ergebnis erleichtert, insbesondere darüber, dass diejenigen Gemeinden, die für ihre circa 30 bis 40 Projekte schon mit 40 Prozent einverstanden gewesen seien, nun auch die Aufstockung auf den alten Stand erwarten könnten.

Ministerialrat Hermann-Josef Thoben gibt bekannt, dass in schwierigeren Einzelfällen mit den Gemeinden in Gesprächen vor Ort eine Lösung gesucht werde.

Ministerin Ingrid Franzen ergänzt, dass es für die Zukunft zu einer Änderung der Richtlinien werde kommen müssen. Denn man werde nicht automatisch für die kommenden Jahre den gleichen Kraftakt bezüglich der fehlenden 1 Millionen zusammen mit den kommunalen Verbänden zu leisten in der Lage sein. Die grobe Richtlinie der 40 Prozent EU-Mittel sei zwar sicher, aber was das Land in Zukunft darüber hinaus liefern könne, müsse erst noch abgewartet und erarbeitet werden. Bezüglich des Richtlinienverfahrens sei sie gern bereit, eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der auch die Gemeinden und andere Betroffene mitwirken könnten, um eine für alle zufrieden stellende Regelung zu finden. Zu dieser Arbeitsgruppe seien auch die Ausschussmitglieder herzlich eingeladen. Sie selbst sei darüber hinaus gern bereit, den Ausschuss immer zeitnah über den Fortgang der Richtlinienarbeit zu informieren.

Abg. Peter Jensen-Nissen appelliert in diesem Zusammenhang an das Ministerium, den Wegbau im Rahmen der Überlegungen zu ZAL ebenso wenig zu vergessen wie die Stärkung des ersten Arbeitsmarktes.

Abg. Jürgen Feddersen fordert für die Finanzierung der LSEn Verlässlichkeit und Sicherheit bis zum Jahre 2006 ein, in welcher Höhe die Mittel auch immer fließen könnten.

Der Vorsitzende fasst die Diskussion dahin zusammen, dass sich für die Jahre 2001 und 2002 eine Lösung abgezeichnet habe und schlägt vor, die Anträge für erledigt zu erklären.

#### Beschluss:

Einstimmig werden die Anträge 15/1265 und 15/1181 als erledigt erklärt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Weiterentwicklung statt Wende in der Agrarpolitik**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1059

(überwiesen am 12. Juli 2001)

**b) Wettbewerbsstellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1331

(überwiesen am 16. November 2001 an den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Mit Verweis auf die Aussprache im Plenum am 12.07.2001 begründet Abg. Peter Jensen-Nissen kurz den Antrag der Fraktion der CDU. Vieles, was im Plenum vorgetragen worden sei, bestätige sich in der Wirklichkeit. Er wolle hier nur als eines der Probleme den desolaten Rindermarkt nennen, zu dem die Regierung keine Lösung anbiete. Allerdings gelte das für die gesamte Republik.

Was ihn besonders beschäftige seien die Aussagen zu MKS. Hier habe Staatssekretär Müller aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium bestätigt, dass aufgrund von veränderten Vorgaben im Bereich der Testmöglichkeiten zwischen Feldvirus und Impfvirus unterschieden werden könne. Ihm, Abg. Peter Jensen-Nissen, interessiere nun, ob sich in Zukunft zur Nichtimpfpolitik auf politischer Ebene Alternativen abzeichnen könnten und wann solche Alternativen eingeführt werden könnten.

Zum Problem des desolaten Rindermarktes sagt Ministerin Ingrid Franzen die Übersendung der Beschlüsse aus der letzten Agrarministerkonferenz zu.

Zur MKS-Impfpolitik erwartet Ministerin Ingrid Franzen die Ergebnisse des angekündigten bundesweiten Kongresses. Nach Vorliegen der dort erarbeiteten Ergebnisse solle die Diskussion dann im Beisein des Landesveterinäres fortgesetzt werden. Ministerialrat Dr. Best nehme an solchen Konferenzen als Landesveterinär stets teil. Dieser könne dann immer den neuesten Stand der Überlegungen vortragen. Im Übrigen würde eine solche spätere Diskussion zu-

gleich eine versachlichte Meinungsbildung außerhalb von Seuchenzeiten ermöglichen, und die vorhandenen Aufgeregtheiten mildern.

Abg. Peter Jensen-Nissen gibt zu überlegen, ob zu dieser Thematik nicht eine Expertenanhörung durchgeführt werden sollte.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz stellt für seine Fraktion fest, dass eine Information über die jeweils neuesten Erkenntnisse der Impfpolitik von seiner Fraktion begrüßt werde. Dem Antrag der Fraktion der CDU könne seine Fraktion allerdings aus vielerlei Gründen nicht zustimmen, wie sie auch im Plenum bereits vorgetragen worden seien. Da jedoch in manchen Teilen richtige Aussagen im Antrag zu finden seien, könne der CDU-Antrag aus seiner Sicht als Grundlage für weitere Beratungen im Agrarausschuss dienlich sein. Nicht mittragen allerdings könne man, wie gesagt, die im Antrag enthaltene Bewertung schleswig-holsteinischer Agrarpolitik. Er schlage deshalb vor, über den Antrag nicht abzustimmen, sondern ihn lediglich zur Kenntnis zu nehmen und im Ausschuss als Diskussionsmaterial weiterzuverwenden.

Abg. Peter Jensen-Nissen erklärt seine Bereitschaft, auf eine Abstimmung über den Antrag verzichten zu wollen, wenn dieser Antrag gleichzeitig als Material für weitere Beratungen im Ausschuss Verwendung finden werde. In diesen Beratungen sollte dann parallel dazu die Behandlung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Wettbewerbsstellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft einbezogen werden.

Nach kurzen weiteren Meinungs austausch über den Abstimmungsmodus zwischen Abg. Peter Jensen-Nissen und Abg. Friedrich-Carl Wodarz erzielt der Ausschuss Einigkeit, den Antrag der CDU nicht mehr ans Parlament zurückzugeben, sondern als Arbeitsmaterial für weitere Beratungen im Ausschuss zu verwenden.

Punkt 6 der Tagesordnung

**Bericht der Landesregierung zu Heimischen Eiweißpflanzen**

Berichtswunsch der Fraktion der FDP

Umdruck 15/1249

Ministerin Ingrid Franzen lässt mit Umdruck 15/1693 eine erste Stellungnahme ihres Hauses verteilen. Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden, nach Kenntnisnahme dieses Papiers die Thematik in einer weiteren Sitzung zu behandeln.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**a) Zukunft der Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1206

hierzu: Drucksachen 15/1165 und Umdrucke 15/1418, 15/1600

(überwiesen am 27. September 2001 an den Umweltausschuss und den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

**b) Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1190

(überwiesen am 27. September 2001 an den Umweltausschuss und den Agrarausschuss)

**c) Organisations- und Rechtsformprüfung in der Forstwirtschaft**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1321

(überwiesen am 16. November 2001 an den Umweltausschuss und den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Nach der Feststellung des Vorsitzenden, dass die Thematik aller drei Drucksachen sehr ausführlich im Plenum behandelt worden sei, beschließt der Ausschuss ohne weitere Diskussion, den Bericht der Landesregierung, Zukunft der Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1206, sowie den Bericht der Landesregierung zur Organisations- und Rechtsformprüfung in der Forstwirtschaft, Drucksache 15/1321, zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/1190, empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Auf Anregung der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, sich einmal vor Ort über das EDV-System zur Forstwirtschaft zu informieren, schlägt Refentin Margret Brahms den Besuch der IT-Leitstelle zum Forstinformationssystem in Segeberg vor.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Friedrich-Carl Wodarz regt an, nach Prüfung des Reisebudgets durch den Vorsitzenden eventuell ein Agrariertreffen in Brüssel oder einen Besuch des Biolandbetriebes von Bassewitz in Dallwitz ins Auge zu nehmen.

Die Terminvorschläge werden unter Streichung des Termins 17. Januar 2002 gebilligt. Die erste Sitzung im Januar 2002 ist der Besuch der Grünen Woche vom 11. bis 14.01.2002 in Berlin.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin